



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 17.01.2011

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 14.12.2010, 12:00 Uhr bis 13:06 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	anwesend ab 12.12 Uhr (TOP 13.3)
Herr Niklas Kienitz	CDU	anwesend ab 12.12 Uhr (TOP 13.3)
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	Vertreter für Frau Wilden, anwesend ab 12.37 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU

Frau Ilse Stibbe auf Vorschlag der CDU

Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	anwesend ab 12.24 Uhr
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
-------------------------------	--------------------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Verwaltung

Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Beigeordnete Henriette Reker	V
Herr Stephan Santelmann	50

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Annelie Appelmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik

Der Vorsitzende Herr Paetzold verweist auf die aktuelle Tagesordnung (Stand 13.12.2010, 16.44 Uhr), bei der es zwei Tischvorlagen gibt.

Die Beschlussvorlagen werden zu Beginn der Sitzung beraten.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 4 Mitteilungen**
- 5 Wohnen**
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 7 ARbeitsGEmeinshaft ARGE (ab 2011 JobCenter) Köln**
- 7.1 Strategisches Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011)
5010/2010
- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 13.1. SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln
4870/2010

TOP 13.1 SGB II-Neuorganisation: Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit
AN/2365/2010
- 13.2 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010
4409/2010

- 13.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
5223/2010
- 13.4 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Job-center) gem. §18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II)
5272/2010
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
- 4 Mitteilungen**
- 5 Wohnen**
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**

Zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 6 liegt nichts vor.

7 ARbeitsGEmeinshaft ARGE (ab 2011 JobCenter) Köln

7.1 Strategisches Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011) 5010/2010

Herr Müller-Starmann verweist auf die Gegenüberstellung der Veränderungen im Integrationsprogramm gegenüber der Fassung, die dem Beirat am 17.11.2010 vorgelegt wurde. Die gesamten Änderungen seien abschließend als Tischvorlage auf dieser einen Seite zusammengefasst worden.

Herr Müller-Starmann ist davon überzeugt, dass das vorliegende Integrationsprogramm in vollem Umfang die Struktur der Arbeitslosen, die über das Hilfesystem des SGB II betreut werden, abbilde und alle Bedarfe berücksichtige. Er erläutert dies an einigen Beispielen.

Herr Müller-Starmann erklärt, er halte das strategische Integrationsprogramm 2011 für ausgeglichen. Es sei jedoch klar, dass dieses Programm in einer Zeit komme, in der bei den Möglichkeiten zur Förderung von Integration mit erheblichen Einschnitten, d.h. mit Kürzungen von rund 40%, zu rechnen sei.

Während des nächsten Jahres müsse sehr genau gesteuert und alle Möglichkeiten genutzt werden, um wichtige Maßnahmen gemeinsam weiterführen zu können.

Herr Müller-Starmann bittet darum, dieses Integrationsprogramm der neuen Organisation als Richtschnur und Anhaltspunkt zu geben.

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, eine strategische Qualität sei für ihn bei diesem Programm nicht zu erkennen. Das Integrationsprogramm müsse seines Erachtens die Sozialgesetzgebung repräsentieren, also insbesondere die Förderung von Menschen mit komplexen Problemlagen im Blick haben, Benachteiligte arbeitsmarktlich und sozial integrieren und den Grundsatz von Förderung und Forderung berücksichtigen. Dass das vorgelegte Integrationsprogramm von durchschlagenden Kürzungen betrof-

fen sei, liege nicht in der Verantwortung der ARGE. Es müsse aber deutlich werden, wie dann mit geringeren Mitteln verfahren werden sollte.

Herr Dr. Schulz betont, es sei nicht erkennbar, an welcher Stelle Mittel tatsächlich eingespart werden und an welcher Stelle und wem die Programme zugeordnet werden. Es sei ihm aufgefallen, dass bei der Vermittlung, Aktivierung und beruflichen Eingliederung in etwa derselbe Stand gewahrt werde. Die Qualifizierung - insbesondere von arbeitsmarktnahen Personen - sei angehoben worden, die beschäftigungsbegleitenden Leistungen, die auch eher den arbeitsmarktnahen Personen zu Gute kommen, seien nahezu konstant geblieben. Leicht angehoben worden seien die Maßnahmen für jüngere Personen und Menschen mit Behinderungen. Allerdings sei zu beachten, dass es sich bei den ausgewiesenen Leistungen zum Großen Teil um Leistungen an Arbeitgeber handele, d.h. die Hilfen kommen nicht den Betroffenen zu Gute. Herr Dr. Schulz betont, ein großer Teil des Programms beinhalte die Förderung von Arbeitgebern. Er ist der Meinung, ein solches Programm sollte dies auch strategisch ausweisen.

In Bezug auf die arbeitsmarktnahen Gruppen ist es für Herrn Dr. Schulz nachvollziehbar, dass es den Menschen helfe, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es sei notwendig, diesbezüglich Zahlen zu erhalten, wie Menschen integriert werden und wer von ihnen in den aufstockenden Leistungen bleibe. Jede Integration, die unterhalb dieser Marge bleibe, senke sicherlich die Statistik der Arbeitslosenzahlen und helfe den Bundesmitteln, wobei die Kommune voll in der Leistungspflicht bleibe. Dies müsse auch gegenüber dem Ausschuss ausgewiesen werden. Herr Dr. Schulz bittet, dies in Zukunft deutlicher zu machen.

Herr Dr. Schulz teilt mit, auch für arbeitsmarktferne Gruppen seien Qualifikationsmaßnahmen vorgesehen. Er hofft, dass diese auch im nächsten Jahr wiederzufinden seien. Er habe jedoch nur die Zahl 500 als Angabe zur Job-Perspektive und Hilfe zur Arbeit wiedergefunden. Seines Erachtens finde hier eine überproportionale Kürzung statt.

Abschließend geht Herr Dr. Schulz auf das JobBörsen-Programm ein. Er habe den Zusätzen entnommen, dass das JobBörsen-Programm grundsätzlich überprüft und nicht optioniert werden solle. Nachvollziehbar sei, dass nach den Erfahrungen mit dem JobBörsen-Programm und unter der veränderten Arbeitsmarktlage eine Nachjustierung erfolgen müsse. Allerdings sei eine Neuausschreibung keine Form der Nachjustierung. Herr Dr. Schulz plädiert dafür, hier einen anderen Weg für eine Feinabstimmung zu wählen und nicht eine, die das JobBörsen-Programm in seiner Substanz gefährde.

Herr Dr. Schulz bittet die Verwaltung um Unterstützung, damit zum Ende der Sommerferien ein Entwurf zum strategischen Integrationsprogramm 2012 dem Beirat und dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorgelegt werden könne.

SB Herr Krücker schließt sich in vielen Teilen den Anmerkungen von Herrn Dr. Schulz an. Im Integrationsprogramm sei eine ausgeglichene Mittelverwendung nicht erkennbar. Bei Betrachtung der Zahlen haben 27,4% der Kunden Marktlage und 66,5% komplexe Problemlagen. Demzufolge müsse auch die Mittelverwendung im Integrationsprogramm diese Gewichtung abbilden. Eine genaue Beurteilung falle hier jedoch schwer. Herr Krücker bittet, im nächsten Integrationsprogramm, die einzelnen Instrumente und Maßnahmen den einzelnen Problemlagen und Profilen zuzuordnen, damit eine genauere Analyse möglich sei. Herr Krücker erklärt, er habe jedoch den Eindruck, dass diese Gewichtung bei den Maßnahmen nicht erreicht werde.

Herr Krücker verweist auf die Ausführungen auf Seite 14, dass es in den Gesundheitsberufen ein großes Vermittlungspotential für Arbeitslose gebe. Herr Krücker bestätigt dies aus seiner beruflichen Kenntnis. Auf die Aussage der ARGE hin, dass diesbezüglich eine zielgerichtete Qualifizierung vorgesehen sei, erklärt Herr Krücker, diese Aussage finde er im Integrationsprogramm nicht mehr wieder.

Zur Sozialraumorientierung erklärt Herr Krücker, dass es sicherlich Bemühungen gebe, diesen Gedanken in die Arbeit des JobCenters zu integrieren. Jedoch gebe es nach wie vor deutliche Schieflagen, wie z.B., dass Stadtteile am westlichen Rand des Bezirks Ehrenfeld vom Standort Mitte bearbeitet werden. Dies sei aus seiner Sicht ein deutlicher Widerspruch zu jeder Sozialraumorientierung. Herr Krücker fragt, wann diese Schieflage beseitigt werde.

Abschließend verweist Herr Krücker auf eine Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung am 04.11.2010 zum Thema „Kürzungen im Bereich der ARGE Köln“. Eine Beantwortung stehe nach wie vor aus.

SE Herr Klein schließt sich ebenfalls der Einschätzung von Herrn Dr. Schulz zum strategischen Integrationsprogramm an. Seine Fraktion habe eine Reihe von Fragen. Auf Grund der Kürze der angesetzten Sitzungszeit kündigt Herr Klein an, diese schriftlich einzureichen, damit die ARGE diese schriftlich beantwortet könne.

RM Herr Helling erklärt, er könne das Integrationsprogramm ebenfalls nicht rückhaltlos unterstützen und schließt sich seinen Vorrednern an.

Herr Helling weist darauf hin, dass nach wie vor die Sozialraumorientierung viel zu optimistisch dargestellt werde. Hier gelte es Schritt für Schritt ein Defizit zu beheben. Auch der Verweis auf JobBörse oder Jugendbüros sei kein erfolgreiches Beispiel hierfür. Eine echte Sozialraumorientierung müsse bei der Untersuchung eines Sozialraums wie z.B. Meschenich und an speziellen Programmen für diesen Stadtteil ansetzen. Von diesem Zustand sei man jedoch noch um einiges entfernt.

Weiterhin knüpft Herr Helling an das Feld „Pflegeberufe“ an und regt an, eine Erweiterung um zwei weitere Felder vorzunehmen. Herr Helling nennt hier die Bereiche Kindertagesstätten sowie Sicherheit und Sauberkeit für die Stadt Köln. In den nächsten beiden Jahren sollte die ARGE in diesen Feldern ganz massiv Anstrengungen für Langzeitarbeitslose unternehmen.

Außerdem sei die strategische Bedeutung von mehr oder minder dauerhaft geförderten Arbeitsplätzen hier nicht an der richtigen Stelle angesiedelt. Herr Helling vertritt die Auffassung, diesen sollte ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt und unter Punkt 5., nicht jedoch unter Sonderprogrammen, aufgeführt werden.

Herr Helling erwartet, dass beim JobBörsen-Programm alles unternommen werde, um auf eine - in bestimmter Weise unkalkulierbare - Neuausschreibung zu verzichten und Bedingungen zu schaffen, die örtlichen Akteure - sofern sie gute Arbeit leisten - weiterhin zu beauftragen.

SE Frau Hollmann bemängelt, dass bei den Zahlen keine Stringenz eingehalten werde. Dies habe zur Folge, dass das Programm nicht transparent sei.

Frau Hollmann bittet, bei den absoluten Zahlen zu den Arbeitslosen eine Unterteilung zwischen Männern und Frauen vorzunehmen.

Frau Hollmann weist auf die Aussage von Herrn Müller-Starmann hin, dass die ARGE derzeit die Profillagen nicht mit den Maßnahmen verknüpfen könne und daran noch arbeiten müsse. Frau Hollmann regt jedoch für eine Beurteilung des Maßnahmenprogramms an, parallel auszuweisen, wie viele Plätze in 2011 zu Verfügung gestellt wer-

den. Außerdem sollte ein Rückblick bei den Maßnahmen vorgenommen werden, wie viele Männer und wie viele Frauen daran teilgenommen haben.

Frau Hollmann bittet, dem Ausschuss für Soziales und Senioren einen Überblick zu geben, welche Qualifizierung für die Fallmanager im letzten Jahr hausintern vorgenommen wurden und was für das nächste Jahr geplant sei.

Bezug nehmend auf das persönliche Vermittlungsbudget bittet sie, eine Auflistung zu erstellen. Frau Hollmann fragt, ob und warum im Programm für 2011 eine Reduzierung vorgenommen worden sei.

Frau Hollmann unterstreicht die vorangegangenen Ausführungen zum JobBörsen-Programm. Sie befürchtet, dass bei einer solch großen Maßnahme die Reibungsverluste zu groß seien und hält eine Neuausschreibung nicht für sinnvoll. Sie fragt, ob die ARGE hier Plätze oder nur belegte Plätze bezahle. Sie regt an, insgesamt eine Transparenz bei den eingekauften Plätzen zu schaffen, um dem gesamten Beratungsstellennetz einen Überblick zu verschaffen. Mit Unterstützung des Beratungsstellennetzes könne auch die Passgenauigkeit von Maßnahmen erhöht werden.

RM Herr Ensmann weist auf die Mittelkürzungen hin. Im Jahre 2010 habe man Eingliederungsmittel in Höhe von 100 Mio. € zu Verfügung. Er berichtet, dass nun 11 Mio. € nicht verausgabt seien. Verausgabt worden seien demnach 89 Mio. €.

In 2011 stehen 79 Mio. € zu Verfügung, davon gehen 12 Mio. für den Verwaltungshaushalt ab. Daher stehen 67 Mio. € für Integration zu Verfügung.

Die Differenz zwischen dem, was tatsächlich in 2010 ausgegeben worden sei und dem, was in 2011 ausgegeben werden könne, betrachte, betrage 22 Mio. €.

Nach den vorliegenden Unterlagen komme er jedoch auf eine Differenz von 33 Mio. € Herr Ensmann vermutet, dass die Berechnung der ARGE von den verfügbaren, nicht den ausgegebenen Mitteln ausgegangen sei.

Herr Ensmann betont, natürlich sei der Betrag von 22 Mio. € immer noch zu hoch. Mit diesem Fakt müsse man sich nun auseinandersetzen.

Im Beirat und im Ausschuss habe die CDU-Fraktion mehrfach darum gebeten, hier transparent für einen gerechten Ausgleich zu sorgen und im Programm 2011 entsprechende Angebote für arbeitsmarktnahe und arbeitsmarktferne Personen anzubieten.

Herr Ensmann weist auf die neue gesetzliche Grundlage ab 2011 hin. Diese neue Gesetzeslage werde jedoch nach seinem Dafürhalten nicht ausreichend berücksichtigt. Er bittet die ARGE um Darstellung, welche Kompetenzen die Agentur nach der neuen Regelung habe.

Die CDU-Fraktion lege großen Wert darauf, dass mit den zu Verfügung stehenden Mitteln möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt gebracht werden sollten. Daher haben arbeitsmarktnahe Personen Priorität, ohne die anderen Personengruppen zu vergessen.

RM Frau Hoyer erklärt, das Integrationsprogramm sei für sie durch zwei Aspekte gekennzeichnet. Zum einen durch die Kürzungen, zum anderen durch eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Frau Hoyer verweist auf die Ausführungen von Herrn Ensmann und betont, gerade die Maßnahmen für arbeitsmarktnahe Personen besitzen für die FDP-Fraktion eine große Bedeutung. Jedoch seien auch Maßnahmen für arbeitsmarktferne Personen sehr wichtig.

Zum Thema der Zielgenauigkeit von Maßnahmen unterstützt Frau Hoyer nachhaltig, dass die ARGE eine Überprüfung von Maßnahmen vornehme. Auch im Hinblick auf die Auslastung der Maßnahmen und Abbrecherquoten sei eine Evaluation erforderlich.

Frau Hoyer unterstützt die Ausführungen zum Thema Pflege, Sicherheit und Sauberkeit. Weiter nimmt sie Bezug auf das Thema Fachkräftemangel. Sie hält das gesetzte Ziel der ARGE für sehr ambitioniert. Da das Thema im Programm nur einmal angesprochen und nicht mehr weiter ausgeführt werde, bittet sie um weitere Informationen hierzu.

Frau Reker dankt den Ausschussmitgliedern für die Anregungen und schlägt vor, dass die ARGE bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren das Integrationsprogramm 2011 überarbeiten werde. Diese Zusage erfolge unter dem Vorbehalt der Abstimmung mit Herrn Welters von der Arbeitsagentur. Das Ziel sei, das überarbeitete Programm dem Ausschuss so rechtzeitig vorzulegen, dass es noch gelesen werden könne.

Frau Reker erklärt auf die Bitte von Herrn Dr. Schulz bis zum Ende der Sommerferien 2011 ein Integrationsprogramm für das nachfolgende Jahr vorzulegen, dies sei schwierig zu realisieren, da keine Vorausschau auf die Höhe des Eingliederungstitels in 2012 möglich sei.

Weiterhin teilt Frau Reker mit, die Beantwortung der CDU Anfrage zum Thema „Kürzungen im Bereich der ARGE Köln“ sei fast fertig und werde dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Er bittet, die Änderungen im überarbeiteten Konzept fett zu drucken und parallel dazu, die wichtigsten Fragen aus der heutigen Sitzung bis zur nächsten Sitzung am 13.01.2011 zu beantworten.

RM Herr Uckermann merkt an, das strategische Integrationspapier sei anscheinend nicht für die Öffentlichkeit gedacht, da es sehr viele unbestimmte Begriffe enthalte. Er äußert Zweifel an den praktischen Auswirkungen des Programms. Herr Uckermann hält es für wichtiger, die aufgewendeten Ressourcen zur Erstellung solcher Papiere den betroffenen Menschen zu Gute kommen zu lassen.

- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

Zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 12 liegt nichts vor.

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln 4870/2010

TOP 13.1 SGB II-Neuorganisation: Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit AN/2365/2010

SB Herr Dr. Schulz begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

RM Herr Ensmann teilt mit, die CDU-Fraktion sei derselben Auffassung und werde daher dem Änderungsantrag zustimmen.

Herr Ensmann fragt, für wie lange der Geschäftsführervertrag der ARGE abgeschlossen sei.

Frau Reker antwortet, der Geschäftsführervertrag sei bis Ende 2011 verlängert worden.

RM Frau Hoyer erklärt ebenfalls ihre Zustimmung zum Änderungsantrag sowie zur Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt zunächst den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Anschließend stellt er die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Herr Paetzold fragt abschließend zur Trägerversammlung, wer hierbei die Vertreter der Verwaltung sein werden.

Herr Santelmann teilt mit, es sei festgelegt worden, dass die Stadt Köln den Vorsitz bei der Trägerversammlung übernehmen solle. Verwaltungintern sei abgestimmt worden, dass Frau Reker den Vorsitz bei der Trägerversammlung übernehmen werde. Weiterhin sollen Vertreter der Dezernate I (Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht), II (Finanzen) und V (Soziales, Integration und Umwelt) Stimmrecht in diesem Gremium haben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

1. Die Stadt Köln wird zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) mit der Agentur für Arbeit Köln zum 01.01.2011 eine gemeinsame Einrichtung (Jobcenter) im Sinne des § 44b SGB II bilden.
2. Der Rat der Stadt Köln erwartet, dass bei der künftigen Aufgabenwahrnehmung weiterhin die regionale Bedarfssituation berücksichtigt wird. Zur Verbesserung der Integration des zu betreuenden Personenkreises soll das Jobcenter unter Berück-

sichtigung des Vergaberechts die vorhandenen Trägerstrukturen und die enge Verzahnung mit dem Kölner Hilfesystem nutzen.

3. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Außerdem bittet der Ausschuss für Soziales und Senioren um nachfolgende Ergänzungen der Kooperationsvereinbarung.

Ergänzung des letzten Absatzes der Präambel wie folgt (Änderungen kursiv):

- „Die gemeinsame Einrichtung in Köln berücksichtigt das Prinzip des Gender Mainstreaming und der Inklusion. Sie fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile, *vor allem für Menschen mit Behinderung*, hin.“

Zusetzung eines weiteren Punktes in § 8 Finanzplanung:

- (6) Die Finanzplanung ist des Weiteren dem Beirat der ArGE sowie dem entsprechenden Fachausschuss des Rates der Stadt Köln zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13.2 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010 4409/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt bei gleichzeitigem Verzicht für 2010 auf die Umsetzung der Maßnahme 50.19 aus der Liste von Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG zur Finanzierung der ermäßigten KölnPass-Tickets auch für das zweite Halbjahr 2010 einen Ausgleich in Höhe von 2,40 € je 4er Ticket sowie 4,90 € je Monatsticket im KölnPass-Tarif zu gewähren.

Der hierdurch im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, entstehende zahlungswirksame Mehraufwand von 1,1 Mio. € wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung des vg. Mehraufwandes erfolgt durch Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in entsprechender Höhe im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in Teilplanzeile 1, Steuern und ähnliche Abgaben.

Soweit in 2010 eine Förderung von Sozialtickets durch Dritte (z.B. das Land Nordrhein-Westfalen) erfolgt, wird die Kölner Verkehrs-Betriebe AG die von der Stadt Köln erhaltenen Ausgleichsleistungen zurück erstatten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen gegen die Stimme der FDP-Fraktion

13.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 5223/2010

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die geänderte neue Beschlussvorlage hin.

RM Frau Schmerbach informiert darüber, dass die SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung des Integrationsrates folgen werde.

RM Herr Helling ist erfreut darüber, dass die Interkulturellen Zentren im Jahr 2010 Förderungen in der gleichen Höhe wie 2009 erhalten sollen. Er erläutert kurz die Hintergründe zur Beschlussfassung des Integrationsrates. Abweichend zum Verwaltungsvorschlag sollen die Restmittel in Höhe von 4.000 € der Weiterbildung aller Interkulturellen Zentren zu Verfügung gestellt werden.

RM Frau Hoyer teilt mit, die FDP-Fraktion werde sich ebenfalls dem Beschluss des Integrationsrates anschließen. Die Vorlage der Verwaltung hält Frau Hoyer jedoch für sehr irritierend und unübersichtlich. Sie bittet, in Zukunft die Beschlussvorlage klarer zu formulieren.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

RM Herr Ensmann teilt mit, die CDU-Fraktion stimme für den Beschlussvorschlag in der Variante II.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt nachfolgend die Beschlussvorlage in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

SE Frau Hollmann bittet im Anschluss an die Abstimmung darum, den Interkulturellen Zentren möglichst bald mitzuteilen, dass in 2010 die vollen Mittel zu Verfügung stehen.

Beschluss - Variante I:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages in der Fassung des Integrationsrates:

Der Rat beschließt

1. die Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Fördermittel in Höhe von 380.000 € für die anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 gemäß Anlagen 2.1 – 2.3,
2. die Ablehnung des Antrages des Islamischen Kulturvereins e.V. – siehe Anlage 4 sowie

3. eine Verwendung der Restmittel in Höhe von 4.000 € für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Interkulturellen Zentren. Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem unter Beachtung der Voraussetzungen des § 82 GO (vorläufige Haushaltsführung), mit der Auszahlung der entsprechenden Abschlagszahlung für das IV. Quartal 2010 (Abschlagszahlungen für die Quartale I. bis III. unter Beachtung von § 82 GO wurden geleistet).

Der Rat bittet die Kämmerin die Haushaltsmittel für Fort- und Weiterbildung, soweit sie nicht mehr in 2010 verausgabt werden können, nach Möglichkeit in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

13.4 Vorschlag von Mitgliedern für den Beirat der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) gem. §18d Sozialgesetzbuch, Zweites Buch (SGB II) 5272/2010

RM Frau Stahlhofen bittet darum, alternative Lösung zu suchen, um die Fraktion DieLinke an der Arbeit des Beirates zu beteiligen. Sie fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, dass die Faktion als beratendes Mitglied teilnehmen könne.

Herr Müller-Starmann berichtet, der Beirat werde sich eine Geschäftsordnung geben. Die ARGE arbeite derzeit an einem entsprechenden Entwurf. Im Rahmen dieser Geschäftsordnung können Dinge geregelt werden, die über das Besetzungsverfahren hinausgehen.

RM Herr Helling bittet um Mitteilung, wann die genaue Zusammensetzung des Beirates über die jetzigen Beschlussvorlagen hinaus bekannt gegeben werde.

Er merkt an, die Vertreter des Beratungsnetzes der Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren seien nicht im Beirat vertreten. Herr Helling fragt, ob diese ebenfalls in den Beirat aufgenommen werden können.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die ARGE habe die Akteure des Arbeitsmarktes, wie es im Gesetz vorgesehen sei, gebeten, Vertreter zu benennen. Die die Liga der Wohlfahrtsverbände, die Regionalagentur, die beiden alternierenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit und die Bezirksregierung seien gebeten worden, Vertreter zu benennen. Diese Vertreter werden dann durch die Trägerversammlung am 14.01.2011 berufen.

Herr Müller-Starmann berichtet, das Gesetz schließe eine Gruppe ausdrücklich aus und zwar, diejenigen, die gleichzeitig Arbeitsmarkt und politische Maßnahmen für das JobCenter durchführen. Darunter zählen auch die Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren. Wer letztlich als Vertreter für den Beirat vorgeschlagen werde, obliege den zuvor genannten Angeschriebenen und letztlich der Trägerversammlung.

RM Herr Helling vertritt die Auffassung, dass das Netz der Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren kein Empfänger von Leistungen oder Vertragspartner sei. Daher bittet er, es einzurichten, dass dieses Netz als Einrichtung in den Beirat berufen werden könne.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, dass der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Dr. Schulz, benannt werde.

RM Frau Hoyer, sei erfreut darüber, nun ein Mitglied des Beirates werden zu können, wenn dies der Rat so beschließe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Trägerversammlung des Jobcenters Köln die sozialpolitischen Sprecher der vier größten im Ausschuss für Soziales und Senioren vertretenen Fraktionen als Mitglieder für den Beirat des Jobcenters Köln vorzuschlagen und damit die Kontinuität der bisherigen Beratung und Begleitung sicherzustellen.

Der Rat der Stadt Köln entspricht weiter dem Wunsch der Geschäftsführung der ARGE Köln und des zukünftigen Jobcenters, der Trägerversammlung als weiteres Mitglied den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates der Stadt Köln vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Zu den Tagesordnungspunkten 14 bis 15 liegt nichts vor.

(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)